

## 2.3. Erziehung – Bildung – Berufsberatung

Unser Konzept heißt: Zugänge erleichtern. Unser Ziel ist eine bessere Aus- und Weiterbildung. Wir wollen jeder und jedem unabhängig von ihrer/seiner Herkunft faire Bildungschancen garantieren. Dafür müssen wir in unseren Bildungs- und Beratungsstätten Inklusion und Diversität fördern. Denn wir müssen auf das Leben vorbereitet sein und auf den Alltag in einer vielfältigen Gesellschaft. Der individuelle Erfolg oder Misserfolg in Bildung und Ausbildung entscheidet erheblich über die zukünftigen Lebenschancen, nicht zuletzt angesichts des Strukturwandels hin zu einer Dienstleistungsökonomie und sog. Wissensgesellschaft. Nicht allen fällt es gleichermaßen leicht, mit diesem Wandel Schritt zu halten. Zum Kernbereich des staatlichen Erziehungs- und Bildungsauftrages gehört es, das Recht auf allgemeine und berufliche Bildung zu sichern, die freie Entfaltung der Persönlichkeit zu fördern und nachwachsende Generationen auf das gesellschaftliche und berufliche Leben vorzubereiten.

### Ausgangssituation

Die Leistungsfähigkeit des Bildungssystems prägt individuelle Entfaltungschancen, bestimmt die ökonomische Wettbewerbsfähigkeit eines Landes und beeinflusst den sozialen Zusammenhalt seiner Bevölkerung. Zu Recht erfahren daher in jedem Land Diskussionen über Veränderungen im Bildungsbereich eine hohe öffentliche Anteilnahme. In Deutschland und Europa stehen neben Diskussionen um die internationale Vergleichbarkeit von Abschlüssen zunehmend Fragen nach einer möglichen individuellen oder strukturellen Benachteiligung bestimmter Gruppen im Mittelpunkt kritischer Fragen. Ziele moderner Bildungspolitik sind nicht nur Beiträge zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit sondern auch die Förderung von Chancengleichheit in den Bildungsverläufen von Kindern, Jugendlichen und Erwachsenen unterschiedlicher Herkunft und Lebenssituation. Neben die Förderung individueller Qualifikation und Kompetenz tritt der soziale Zusammenhalt einer Gesellschaft als Ziel. Öffentliche Bildung wirkt darauf hin, es der nachwachsenden Generation durch Ausbildung zu ermöglichen, ein selbstbestimmtes Leben in einer freien und solidarischen Gesellschaft führen zu können.

Die internationalen PISA-Studien sowie andere Untersuchungen haben wiederholt die Frage aufgeworfen, wie sehr Bildungschancen eines Kindes vom sozialen Status der Eltern abhängig sind. Kompetenzen in der deutschen Sprache sind entscheidende Voraussetzungen für erfolgreichen Bildungserwerb. Umgekehrt ist eine Öffnung unserer Institutionen für andere Qualifikationen erforderlich. Insofern das Schulwesen und Hochschulwesen Län-

dersache ist, können wesentliche Entscheidungen über Inhalte und Struktur des Bildungssystems indessen nur begrenzt von kommunaler Politik getroffen werden. Über die Schulentwicklungsplanung und zahlreiche Modellprojekte nimmt die Stadt Frankfurt jedoch erheblichen Einfluss. Weitere Ansatzpunkte kommunaler Integrationspolitik liegen in den Bereichen von Betreuung, der Öffnung von Einrichtungen für Diversität sowie der Ausgestaltung und Unterstützung von Netzwerken. Es bleibt Anspruch der Stadt Frankfurt an neuen Initiativen der Landesregierung, wie z.B. möglichen Pilotversuchen zur Einführung eines islamischen Religionsunterrichts, bereits im Vorfeld beteiligt zu werden, insbesondere dann, wenn sie Schulen und Netzwerke vor Ort betreffen.

### Entwicklungen und mögliche Ansätze

#### *Sachstand und Monitoring*

Das Thema schulische Bildung und Einwanderung hat in Frankfurt seit vielen Jahren einen hohen Stellenwert. In den frühen 1980er Jahren veröffentlichte das Staatliche Schulamt Frankfurt die „Dokumentation zur Situation ausländischer Schüler in Frankfurt 1978 bis 1982“. Das AmKA wertete von 1991-94 die amtlichen Schulstatistiken aus; ein Ergebnis war der jährliche Report „Nachrichten vom multikulturellen Schulalltag in Frankfurt: Bildungsbenachteiligung oder Bildungsboom bei den Einwandererkindern? Beides stimmt!“ Fortgeschrieben wurden Erhebung und Berichterstattung in der Dokumentation zur Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationserfahrungen an Frankfurter Schulen im Schuljahr 2000/2001. Das Projektteam des Deutschen Instituts für internationale pädagogische Forschung (DipF) wurde von einer Begleitgruppe unterstützt, die sich aus Ämtervertretern (Stadtschulamt, Staatliches Schulamt, Amt für multikulturelle Angelegenheiten, Jugend- und Sozialamt, Bürgeramt Statistik und Wahlen, Hessisches Statistisches Landesamt) und Vertretern der Kommunalen Ausländer- und Ausländerinnenvertretung zusammensetzte. 2008 legte das Dezernat für Bildung und Frauen eine Teilfortschreibung dieser Studie vor. Weiterhin sind Bildung und Bildungsbeteiligung zentrale Themen in den Integrationsstudien des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten von 2001 und 2008.

In den Integrationsstudien 2001 und 2008 sind Bildung und Bildungsbeteiligung zentrale Themen. Die in der „Dokumentation zur Situation von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund“ dargestellte problematische und wenig aussagekräftige Datenlage hat bereits 2003 zu einem Beschluss der Stadtverordnetenversammlung „Ethnic Monitoring: Verbesserung der Situation von Kindern mit Migrationshintergrund“ geführt. In Ausführung des Beschlusses wurde eine dezernatsübergreifende Arbeitsgruppe unter der Federführung des AmKA eingerichtet, die die Einführung des ethnic monitoring vorbereiten sollte. Es wurden Indikatoren definiert, die beim Monitoring von sozialer Ungleichheit im Bildungswesen beachtet werden sollten.

Die Frankfurter Integrationsstudie 2008 zeigt zur Bildungssituation ein widersprüchliches Bild: Die Frankfurter Quoten zur Bildungsbeteiligung von ausländischen Kindern in höheren Bildungsgängen liegen höher als die auf hessischer und auf Bundesebene. Dennoch gilt auch für Frankfurt, dass sie

in der Hauptschule stark überrepräsentiert und im Gymnasium stark unterrepräsentiert sind. Dieser Befund ist aufgrund der verfügbaren Daten allerdings nicht ganz frei von Verzerrung. Die offiziellen Schuldaten sind ausschließlich nach Staatsangehörigkeit, aber nicht mit dem Merkmal ‚Migrationshintergrund‘ verfügbar

Problematisch bei dieser Definition ist, dass diese Daten eben gerade nicht die tatsächlich auf Migration bezogenen Informationen erfassen oder gar Rückschlüsse auf die Beherrschung der deutschen Sprache erlauben. Die Integrationsstudie zeigt im Übrigen Unterschiede auf, die sich bei der statistischen Längsschnittuntersuchung und der repräsentativen Befragung, die das Merkmal ‚Migrationshintergrund‘ zugrunde legt, ergeben und gibt damit Hinweise, dass sowohl Erfolge unsichtbar bleiben, aber auch Probleme unterschätzt werden können. Wie groß das Datendefizit ist, zeigt ein Blick auf die Gruppe der Frankfurter Kinder im Grundschulalter: Während rund 45% der Kinder im Grundschulalter einen sog. Migrationshintergrund haben werden nur die 25.3% mit einer ausländischen Staatsangehörigkeit in der Schulstatistik gesondert erfasst.

Dessen eingedenk zeigen die Ergebnisse, dass es im Bereich Bildung, Erziehung und Schule erheblicher Anstrengungen bedarf, um Chancengleichheit für möglichst alle Frankfurter Kinder und Jugendliche herzustellen.

Im Vergleich zur Integrationsstudie 2001 zeigt die Studie 2008 eine Stagnation der Bildungsbeteiligung an weiterführenden Schulen. Der Anteil der ausländischen, aber auch der deutschen Schulentlassenen mit Hochschulreife ist zurückgegangen. Angestiegen ist dagegen der Anteil der ausländischen Schulentlassenen mit Realschulabschluss. Sorge muss der Anstieg der ausländischen Schülerinnen und Schüler in Förderschulen bereiten.

Die Erhebung der städtischen Integrations- und interkulturellen Angebote durch das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur – übrigens ein erster Schritt, um systematisch die Aktivitäten der Stadt Frankfurt am Main in diesem Bereich zu erfassen – zeigt, dass Bildungsmaßnahmen eine herausragende Rolle spielen. Gleichzeitig unterstützt seit einer Reihe von Jahren die Landesregierung insbesondere die sprachliche Förderung von Kindern und ihren Eltern und engagieren sich Frankfurter Stiftungen, deren besonderes Anliegen die Förderung der Bildungsbeteiligung von Einwandererkindern und deren Eltern ist.

Trotz des Erfolgs der Einzelmaßnahmen für die je Beteiligten scheint es (noch) keinen messbaren Erfolg bezogen auf die Gesamtstadt zu geben.

Die Frankfurter Integrationsstudie 2008 zeigt durch ihre doppelte Methodik Unterschiede zwischen der statistischen Längsschnittuntersuchung und der repräsentativen Befragung (die auch das Merkmal ‚Migrationshintergrund‘ zugrunde legt) und gibt damit Hinweise, dass sowohl Erfolge unsichtbar bleiben, aber auch Probleme unterschätzt werden können.

Frankfurt steht insgesamt in vielen Kennzahlen besser da als der Landes- und Bundesdurchschnitt. Trotz vielfacher Anstrengungen der Fachdezernate konnte in den letzten Jahren eine signifikante weitere Verbesserung nicht erreicht werden.

### **Aus dem Hessischen Schulgesetz**

#### *§ 1 Recht auf schulische Bildung*

(1) Jeder junge Mensch hat ein Recht auf Bildung. Dieses Recht wird durch ein Schulwesen gewährleistet, das nach Maßgabe dieses Gesetzes einzurichten und zu unterhalten ist. Aus diesem Recht auf schulische Bildung ergeben sich einzelne Ansprüche, wenn sie nach Voraussetzungen und Inhalt in diesem Gesetz oder auf Grund dieses Gesetzes bestimmt sind.

(2) Für die Aufnahme in eine Schule dürfen weder Geschlecht, Behinderung, Herkunftsland oder Religionsbekenntnis noch die wirtschaftliche oder gesellschaftliche Stellung der Eltern bestimmend sein.

#### *§ 2 Bildungs- und Erziehungsauftrag der Schule*

(2) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler befähigen, in Anerkennung der Wertordnung des Grundgesetzes und der Verfassung des Landes Hessen

- die Grundrechte für sich und andere wirksam werden zu lassen, eigene Rechte zu wahren und die Rechte anderer auch gegen sich selbst gelten zu lassen,
- staatsbürgerliche Verantwortung zu übernehmen und sowohl durch individuelles Handeln als auch durch die Wahrnehmung gemeinsamer Interessen mit anderen zur demokratischen Gestaltung des Staates und einer gerechten und freien Gesellschaft beizutragen,
- die christlichen und humanistischen Traditionen zu erfahren, nach ethischen Grundsätzen zu handeln und religiöse und kulturelle Werte zu achten,
- die Beziehungen zu anderen Menschen nach den Grundsätzen der Achtung und Toleranz, der Gerechtigkeit und der Solidarität zu gestalten,
- die Gleichberechtigung von Mann und Frau auch über die Anerkennung der Leistungen der Frauen in Geschichte, Wissenschaft, Kultur und Gesellschaft zu erfahren,
- andere Kulturen in ihren Leistungen kennen zu lernen und zu verstehen,
- Menschen anderer Herkunft, Religion und Weltanschauung vorurteilsfrei zu begegnen und somit zum friedlichen Zusammenleben verschiedener Kulturen beizutragen sowie für die Gleichheit und das Lebensrecht aller Menschen einzutreten,
- die Auswirkungen des eigenen und gesellschaftlichen Handelns auf die natürlichen Lebensgrundlagen zu erkennen und die Notwendigkeit einzusehen, diese Lebensgrundlagen für die folgenden Generationen zu erhalten, um der gemeinsamen Verantwortung dafür gerecht werden zu können,
- ihr zukünftiges privates, berufliches und öffentliches Leben auszufüllen, bei fortschreitender Veränderung wachsende Anforderungen zu bewältigen und die Freizeit sinnvoll zu nutzen.

(3) Die Schule soll den Schülerinnen und Schülern die dem Bildungs- und Erziehungsauftrag entsprechenden Kenntnisse, Fähigkeiten und Werthaltungen vermitteln. Die Schülerinnen und Schüler sollen insbesondere lernen,

- sowohl den Willen, für sich und andere zu lernen und Leistungen zu erbringen, als auch die Fähigkeit zur Zusammenarbeit und zum sozialen Handeln zu entwickeln,
  - eine gleichberechtigte Beziehung zwischen den Geschlechtern zu entwickeln,
  - Konflikte vernünftig und friedlich zu lösen, aber auch Konflikte zu ertragen,
  - sich Informationen zu verschaffen, sich ihrer kritisch zu bedienen, um sich eine eigenständige Meinung zu bilden und sich mit den Auffassungen anderer unvoreingenommen auseinander setzen zu können,
  - ihre Wahrnehmungs-, Empfindungs- und Ausdrucksfähigkeiten zu entfalten und
  - Kreativität und Eigeninitiative zu entwickeln.
- (4) Die Schulen sollen die Schülerinnen und Schüler darauf vorbereiten, ihre Aufgaben als Bürgerinnen und Bürger in der Europäischen Gemeinschaft wahrzunehmen.

**Wo haben Sie schon einmal Diskriminierung erfahren?**  
Befragung von Bürgerinnen und Bürgern mit Migrationshintergrund

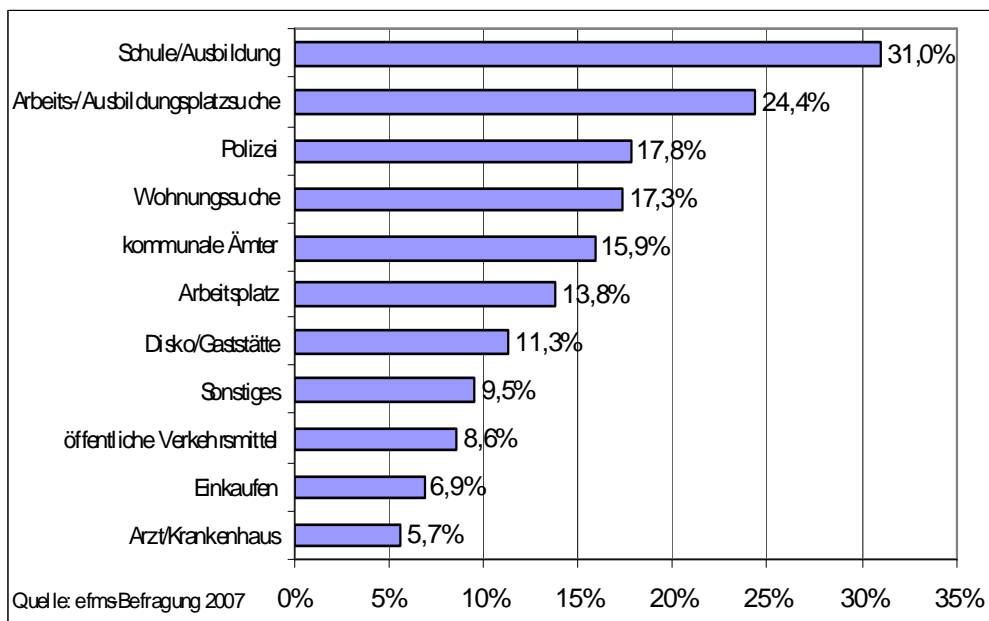


Abbildung 26: Quelle: Frankfurter Integrationsstudie 2008

### *Frühförderung*

Als Grundregel neuer Initiativen im Bildungsbereich ist inzwischen anerkannt: je früher desto besser. Fachleute haben begonnen, zusätzliche Investition in frühe Förderung mit jährlichen Aufwendungen der reaktiven Jugendarbeit gegenzurechnen. Ohne andere Zielgruppen zu vernachlässigen, muss ein Ausbau der Frühförderung ein zentraler Ansatz jeder langfristigen Strategie sein.

Die Bedeutung von Kindertagesstätten und die Nachfrage nach Kita-Plätzen sind gestiegen, teils wegen einer zunehmenden Berufstätigkeit oder Weiterbildung beider Elternteile oder auch aufgrund wachsender Erwartungen an frühkindliche Bildung. Der Gesetzgeber hat darauf reagiert. Bereits seit 1995 gibt es in Deutschland einen Rechtsanspruch auf einen (halbtägigen) Kindergartenplatz für Kinder vom vollendeten dritten Lebensjahr bis zur Einschulung. In Hessen besteht Kostenfreiheit für das letzte Kindergartenjahr. Die Kommunen stehen vor der Herausforderung qualifiziertes Personal zu finden und einzustellen. Für Frankfurt handelt es sich um 4000 Erzieherinnen und Erzieher.

Die Betreuungsquoten in Frankfurt liegen bei 0 bis 3-Jährigen bei 21% und bei 3 bis 6-Jährigen bei 90%. Die Datenlage bleibt jedoch schwierig, insbesondere was die Zahl von Kindergartenkindern mit Migrationshintergrund anbelangt.

Aus der Perspektive der Integrationspolitik ist die Steigerung des Kitabe suchs von Kindern mit Migrationshintergrund über einen möglichst langen Zeitraum wünschenswert. Der Besuch eines Kindergartens ist keine Pflicht, er fördert jedoch nicht nur Sprachkenntnisse sondern auch die soziale Kompetenz der Kinder und bringt Eltern und Nachbarn miteinander in Kontakt. Auch Nachbarschaftszentren, Eltern-Kind-Gruppen leisten wichtige Arbeit und können ggf. Alternativen darstellen. In allen Fällen ist geschultes Personal und ein ausreichendes Informationsmaterial, das Angebote erklärt und vermittelt, wichtig.

**Beispiel: Projekt Starthilfe:** Das Projekt entstand 2007/08 auf Grundlage der Frankfurter Präventionsstudie in 14 Frankfurter Kindertagesstätten. Etwa 15% der Kindergartenkinder zeigen schon in diesem frühen Alter sozial auffälliges Verhalten. Durch ein geeignetes Präventionsprogramm können Aggressivität, Ängstlichkeit und Hyperaktivität der Kinder statistisch signifikant abnehmen. Das Projekt bietet wöchentliche Unterstützungen durch pädagogisch-psychoanalytische Berater in den Einrichtungen, die zusätzliche Professionalisierung des Erzieherinnen- und Erzieher teams durch 14-tägliche Supervisionen, Unterstützung bei der Elternarbeit, individuelle Förderung und therapeutische Hilfe für einzelne Kinder sowie ein praktisches Gewaltpräventionsprojekt. Das Programm wird in Kooperation zwischen dem Sigmund-Freud-Institut, dem Institut für Analytische Kinder- und Jugend-Psychotherapie, der Polytechnischen Gesellschaft, der Crespo Foundation, der Zinkann Stiftung und der Stadt Frankfurt durchgeführt.

Die frühe Förderung mehrsprachiger Kinder ist der Stadt Frankfurt seit langem ein zentrales Anliegen. Eine erste Studie des AmKA zur „Interkulturellen Erziehung im multikulturellen Kindergarten“ erschien bereits 1993. Im

Jahr 2001 legte das damalige Dezernat für Schule, Bildung, Frauen und Umwelt eine Konzeption für eine Sprachförderung zwei- und mehrsprachiger Kinder vor (Meine, deine, unsere Sprache, 2001). Schwerpunkte städtischer Politik umfassen derzeit Sprachförderung, Eltern- und Familienarbeit, die Qualifizierung des Fachpersonals sowie eine Erhöhung des Anteils von pädagogischen Fachkräften mit Migrationsintergrund in städtischen Bildungseinrichtungen. Damit werden erste Konsequenzen aus praktischen Erfahrungen in verschiedenen Modellprojekten gezogen.

Die Stadt beteiligt sich an dem u.a. von der Hertiestiftung geförderten Projekt Frühstart, organisiert verstärkt von der Hessischen Landesregierung geförderte Angebote zum Deutschlernen für Vorschulkinder, und engagiert sich darüber hinaus in eigenen Projekten, welche die Erziehungskompetenz der Eltern sowie die kognitiven und bilingualen Kompetenzen der beteiligten Kinder stärken sollen.

**Beispiel: „HIPPY“.** (Home Instruction Program for Parents for Preschool Youngsters) Das international entwickelte und etablierte Familienbildungsprogramm zielt als Präventions- und Integrationsprojekt in einer klassischen Empowerment- und Mehrebenenstrategie darauf ab, den Eltern sozial benachteiligter Familien mit Kindern im Vorschulalter Wissen und Kompetenzen zum Bildungsprozess zu vermitteln und sie zu Partnern der Bildungseinrichtungen zu machen. Eigene Lernmaterialien des vom AmkA geleiteten Projekts ergänzen die Bildungsarbeit des Kindergartens zu Hause mit dem Ziel, Eltern und Kinder gemeinsam auf den Schulstart vorzubereiten. Viele am Programm beteiligte Familien gehören bereits der zweiten oder dritten Zuwanderergeneration an, manch andere sind erst im Erwachsenenalter nach Deutschland zugezogen. Bei rund der Hälfte der teilnehmenden Familien hat ein Elternteil die Schullaufbahn in Deutschland durchlaufen und gute Deutschkenntnisse. Die Familien werden von Trainern begleitet, die das Programm selbst als Eltern durchlaufen haben, mit der Alltagskultur der Zielgruppe vertraut sind und die Projektarbeit selbst als Fortbildung oder zum Berufseinstieg nutzen können. Das Projekt zeigt, wie wichtig im Bereich frühkindlicher Bildung Kommunikationsmöglichkeiten in verschiedenen Herkunftssprachen und ein multinationales Mitarbeiterteam sind. Derzeit bietet Hippy in Frankfurt Plätze für 130 Vorschulkinder. Zukünftige Potentiale des Programms liegen in der systematischen Anbindung an bestehende Strukturen der Familienbildung und an Einrichtungen der frühen Bildung und Erziehung.

Für den Vorschulbereich werden derzeit Konzepte für Deutsch-als-Zweitsprache, Mehrsprachigkeit und Elternarbeit entwickelt und erprobt. Wie sehr sich die Bildungslandschaft in Frankfurt hier bereits ausdifferenziert hat, zeigt ein Blick auf das Handlungsfeld „Sprachen und Sprachpolitik“. Methoden und Instrumente einer möglichen Sprachstandsmessung, die den vielfältigen Fragestellungen angemessen und zugleich aussagekräftig sein könnten, werden fachlich noch sehr unterschiedlich beurteilt. In Frankfurt laufende Pilotverfahren bedürfen einer genauen Auswertung.

Die weitere Qualifizierung von Erzieherinnen und Erziehern dieses neuen Anforderungen ausgesetzten Berufsfeldes bleibt eine vordringliche Aufgabe

der Landespolitik. Seitens der Stadt Frankfurt können weitere Fortbildungsmaßnahmen angeboten werden.

Zahlreiche Frankfurter Einrichtungen bieten ein umfangreiches Programm für Kinder. Das neu eröffnete Kindermuseum legt einen besonderen Schwerpunkt auf stadt- und kulturgeschichtliche Themen. Die Zentrale Kinder- und Jugendbuchbibliothek und die Stadtteilbibliotheken entwickeln Angebote, die den heterogenen Nutzergruppen entsprechen.

**Beispiel: Frankfurter Lesestar.** Die von der Hessischen Leseförderung unterstützte und ganzjährig angebotene Aktion für die 2. bis 5. Klasse soll Schwellenängste abbauen und Interesse wecken, die Stadtbücherei und ihre verschiedenen Bibliotheken wiederholt zu besuchen und kennen zu lernen. Ein Lesestar-Stickeralbum führt die Schülerinnen und Schüler mit Fragen rund um Bibliotheken, Autoren und das Lesen in die Welt der Medien ein. Für jede gelöste Aufgabe gibt es – pro Bibliotheksbesuch – einen Sticker, der in das Album eingeklebt wird. Die Aufkleber werden in Schulbibliotheken, der Zentralen Kinder- und Jugendbibliothek, allen Stadtteilbibliotheken und dem Bücherbus ausgegeben, so dass die Schülerinnen und Schüler im Rahmen der Aktion mehrere Bibliotheken besuchen und kennen lernen können. Nach 11 Bibliotheksbesuchen und 11 gelösten Aufgaben gibt es eine persönliche Urkunde als „Lesestar“. Alle Lesestars nehmen zusätzlich an einer vierteljährlichen Buchverlosung teil. Der Einführungstext und Kernsätze im Heft sind mehrsprachig (türkisch, arabisch, russisch, italienisch), um auch nicht-deutschsprachigen Eltern unsere Aktion nahe zu bringen. Neben der unverzichtbaren Zusammenarbeit mit Lehrerinnen und Lehrern ist die Elternarbeit wichtig, um Kinder optimal fördern zu können.

### *Interkulturelle Schulentwicklung*

Kindertageseinrichtung und allgemeinbildende Schule sind die ersten und daher besonders wichtigen Integrationsinstanzen junger Menschen. Das Schulwesen ist in besonderer Weise gesellschaftlichen Veränderungen ausgesetzt. Soziale Unterschiede, unterschiedliche Traditionen und Bekenntnisse gehören zum Alltag vieler Kindergartenkinder und Schüler. An die Institution Schule werden von einer heterogenen Elternschaft unterschiedliche Erwartungen gestellt. Ebenso sind die Auffassungen über Erziehung unterschiedlich. Eine Pädagogik, die Heterogenität als Hindernis versteht, ist mit der eingetretenen Situation schnell überfordert. Erziehungsberechtigte und Fachkräfte müssen gleichermaßen mit einer veränderten Situation umzugehen lernen. Entwicklungen einzelner Schulformen zu einer 'Restschule' ist entgegenzuwirken.

Eine veränderte Gesellschaft und Schülerschaft erfordert eine veränderte Schulpolitik. Die Zuständigkeit für die Entwicklung von Curricula und die Zulassung von Unterrichtsmaterial, das Erfahrungen und Interessen einer heterogenen Schülerschaft entgegenkommen sollte, liegt bei der Landesregierung. Auch die Ausbildung, Einstellung und Fortbildung des Lehrkörpers ist Landessache. Die Stadt Frankfurt hat Interesse daran, dass die Lehrerinnen und Lehrer an ihren Schulen ihre Funktion als Vorbilder und Abbild der gesamten Stadtgesellschaft erfüllen können. Neben Programmen, die Studierende mit Migrationshintergrund für den Lehrerberuf interessieren



möchten, sollten ggf. die jährlichen Bewerbungen ausländischer Fachkräfte und Lehrer und Lehrerinnen mit Migrationshintergrund für den hessischen Schuldienst verstärkt berücksichtigt werden.

Schulen sind immer auch ein Spiegelbild ihrer sozialräumlichen Umgebung. Sie haben eine Rolle im Stadtteil, die über die bloße Unterrichtserteilung hinausgeht. In der Vernetzung von Schulunterricht mit dem Lebensalltag im Stadtteil, aber auch durch die enge Zusammenarbeit von Schule und Eltern (und Vereinen) können Zusammenhänge anschaulich gemacht werden und Verantwortung unmittelbar gelernt werden. Integration gelingt über Kontakte. Aus dem Blick der Integrationspolitik bietet die Entwicklung von Ganztagsschulangeboten zusätzliche Möglichkeiten. In Frankfurt bestehen gegenwärtig über 50 sog. Ganztagschulen, die unterschiedlich Konzepte und unterschiedlich umfangreiche Angebote umsetzen.

Die Frankfurter Integrationsstudie 2008 empfiehlt die weitere Einrichtung und Förderung von Elterncafés und Elterntreffs. Unterrichtsprojekte, Kooperationen im Stadtteil, Nachmittags- und Ganztagsschulangebote schärfen das jeweilige Schulprofil, für das eine Ausweitung der Schulautonomie einen weiteren Schub geben könnte.

**Beispiel: Das Projekt mitSprache.** Das Modellprojekt des AmkA und des Staatlichen Schulamtes verbindet Maßnahmen zur sprachlichen und soziokulturellen Integration von Schülerinnen und Schülern aus Einwandererfamilien und deren Eltern mit einer interkulturellen Öffnung des Systems Schule und einer Vernetzung im Stadtteil. Das Vorhaben wird derzeit an sieben Frankfurter Schulen durchgeführt und gilt im Büro der Integrationsbeauftragten der Bundesregierung als „einziges nachweislich gut funktionierendes Schulprojekt“. Ein wichtiges Arbeitsprinzip von mitSprache ist die Verbindung verschiedener Arbeitsfelder: Deutsch als Zweitsprache (DaZ), Mehrsprachigkeit, Lehrerfortbildung und Elternarbeit. Vor allem aber ist mitSprache praktiziertes lokales Bildungsmanagement und zugleich ein Modell für Schulentwicklung. mitSprache leistet prozessorientiert und auf die Verschiedenheit der beteiligten Schulen ausgerichtet einen wichtigen Beitrag zur schulischen Organisationsentwicklung und zur Entwicklung eines individuellen Schulprofils. Die Einzelmaßnahmen wurden unter Beteiligung aller Akteure entwickelt; mitSprache, das mehrere Materialien publiziert hat, ist darüber hinaus mit anderen Projekten verknüpft, z. B. mit dem DaZ-Container der Stadtbücherei, dem DeutschSommer und dem Diesterweg Stipendium der Stiftung Polytechnische Gesellschaft und mit weiteren Programmen des AmkA, wie z.B. Ausbildungsorientierte Elternarbeit (AOE) und „Mama lernt Deutsch“ als ein Modul der Elternarbeit. In das Projektnetzwerk sind 2009 Kindertagesstätten aus den Stadtteilen der beteiligten Schulen hinzugekommen.

An vielen Stellen werden innovative Modelle erprobt. Auch das Amt für multikulturelle Angelegenheiten verwirklicht neue Bildungsprojekte, zunächst als Modell. Vielfach entwickelten sich aus zunächst über Transferleistungen von der EU finanzierten Projekten erfolgreiche und nachhaltige Maßnahmen. Dies ist zum Beispiel der Fall für die Schulvorbereitung von Romakindern und die Einrichtung des Kindergartens „Schaworalle“. Letzteres ist ein

Beispiel für ein frühes komplexes Projekt mit hohem innovativem Potential und strategischen Qualitäten.

**Beispiel. Das Modellprojekt "Schaworalle – Hallo Kinder!"**. Seit 1999 betreut die von der Stadt Frankfurt am Main geförderte Kindertagesstätte Schaworalle des Fördervereins Roma Kinder aus Romafamilien, die, häufig ohne festen Wohnsitz, wenig Möglichkeiten haben, überhaupt regelmäßig an einem Unterricht teilzunehmen. Das Projekt bietet einen Kindergarten, Alphabetisierungsübungen, Schulvorbereitung und Schulbegleitung, Elternberatung und Kursangebote im Projekt 'Mama lernt Deutsch'. Das Projekt bietet außerdem Mittagessen, Nachmittagsangebote und Ferienfreizeiten. Die Arbeit der Schulgruppen innerhalb der Kindertagesstätte, die ordentlichen Schulunterricht in allen Fächern anbieten, wird durch die Abordnung von Lehrerinnen und Lehrer Frankfurter Schulen durch das Staatliche Schulamt unterstützt. Das Projekt ist ein komplexes, aus der reflektierten Praxis entwickeltes Modell integrativen Lernens und zugleich ein Beispiel für die Arbeit mit Kindern und Jugendlichen anderer Herkunftssprachen mit einem problematischen aufenthaltsrechtlichen Status und einer entsprechend schwierigen schulrechtlichen Situation. Das Projekt zielt auf eine schrittweise Regelbeschulung. und ist in ein Kooperationsnetz von vielen Ämtern, Organisationen und Schulen eingebunden. Als entscheidend für den Bildungserfolg der Kinder haben sich die aktive Einbeziehung der Eltern, die Mitarbeit von mit der Kultur und Sprache vertrauten Vermittlern sowie bilinguale und interaktive Unterrichtsmethoden erwiesen. Die Schaworalle hat Platz für 40 Kinder. Das Schulprojekt in der Schaworalle wie auch der Arbeitskreis „Schulische Integration von Romakindern“ im Rahmen der Lehrerfortbildung sind hervorgegangen aus dem EU-geförderten Projekt „Schulvorbereitung, Alphabetisierung und schulische Integration von Romakindern“ des Amtes für multikulturelle Angelegenheiten, des Staatlichen Schulamtes und des Fördervereins Roma im Jahr 1998. Eine wissenschaftliche Evaluation des Projekts wäre wünschenswert

Auch die Einrichtung des Aufnahme- und Beratungszentrums für Seiteneinsteiger war das Ergebnis eines EU-Projekts. Im Projekt „Willkommen“, einer Initiative zur sprachlichen und kulturellen Eingliederung von zu ihren Eltern nachgezogenen Schülerinnen und Schülern, sogenannten Seiteneinsteigern, waren das AmkA und das Staatliche Schulamt Frankfurt Hauptakteure. Das im Zuge des Projekts entstandene Aufnahme- und Beratungszentrum für Seiteneinsteiger des Staatlichen Schulamts Frankfurt am Main ist eine wichtige Institution zur Integration von neu zugezogenen Kindern in die Frankfurter Schulen und ein good-practice-Beispiel für die nachhaltige Wirkung des Projekts.

Die individuelle Förderung von Schülerinnen und Schülern mit Nachholbedarf ist aufwendig, jedoch durch nichts zu ersetzen. Verantwortungsvolle Pädagogen leisten hier wichtige und oft ehrenamtliche Arbeit. Auch Frankfurter Stiftungen engagieren sich in einer Reihe von Projekten an Schnittstellen der Bildungsbiographie und finden in Frankfurter Schulen und Ämtern engagierte Partner und Ratgeber.

**Beispiel: ffm – Förderkurse für junge Migranten und Deutsch & PC.** Das 2005 an vier Schulen begonnene Modellprojekt wurde mit dem Schul-

jahr 2008/09 auf zwölf Schulen – davon sechs Grundschulen – in den Stadtteilen Gallus, Griesheim, Nied, Rödelheim und Sossenheim ausgeweitet. Schülerinnen und Schüler, die Sprachschwierigkeiten in Deutsch haben und fachliche Unterstützung für ihren schulischen Erfolg benötigen, werden in Kleingruppen von drei bis fünf Schülern gezielt und unentgeltlich gefördert. Studierende der Universität Frankfurt, die vorzugsweise einen Migrationshintergrund haben, erteilen die Förderkurse, die für die Schülerinnen und Schüler unentgeltlich sind. Partner des von der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung, der Peter-Fuld-Stiftung und der Mercator-Stiftung getragenen Projektes ist das Staatliche Schulamt Frankfurt. Sieben Frankfurter Grundschulen beteiligen sich gegenwärtig an dem Programm der Hertie-Stiftung und des Hessischen Kultusministeriums Deutsch & PC zum frühen und intensiven Erwerb der deutschen Sprache. Auch dieses Projekt ist aus einem Frankfurter Pilotversuch entstanden (2001)

**Beispiel: DeutschSommer.** Das von der Stiftung Polytechnische Gesellschaft nach einem Bremer Modellprojekt 2007 konzipierte Ferienangebot DeutschSommer bietet Frankfurter Grundschulern aus Schulen mit hohem Zuwandereranteil während der Sommerferien zwei Wochen lang in drei Jugendherbergen rund um Frankfurt täglich in kleinen Schülergruppen zwei Stunden Deutschunterricht und zwei Stunden sprachintensives Theaterspiel, ergänzt um ein Freizeitprogramm am Nachmittag. Ziel ist die Verbesserung von sprachlichem Verständnis und Ausdruck kurz vor Beginn des für die weitere Schullaufbahn wichtigen vierten Schuljahrs. Im Jahr 2009 wurden 150 Frankfurter Grundschüler gefördert. Dafür waren 41 Lehrkräfte im Einsatz: Lehrkräfte für Deutsch als Zweitsprache sowie Theater- und Sozialpädagogen. Mehrere Stiftungen und Förderer unterstützen das Projekt. Das AmkA finanziert die Vorbereitungsseminare für die Lehrkräfte und die Fachberatung. Die VHS Frankfurt, das Stadtschulamt und das Staatliche Schulamt Frankfurt leisten organisatorische Hilfe.

### *Berufliche Bildung und Berufsberatung*

Das stark differenzierte Feld beruflicher Bildung ist Ausbildungssuchenden und ihren Angehörigen nicht einfach zu vermitteln und wird auch in der öffentlichen Bildungsdiskussion selten adäquat berücksichtigt. Ohnehin geprägt durch eine Vielzahl von Einzelakteuren wie Schulen und Schulämtern, Kammern und Verbänden, Arbeitsagenturen, Bildungsträgern und Einrichtungen der Sozial- und Jugendhilfe, befindet sich der Bereich der beruflichen Bildung zudem in einem Veränderungsprozess, der mit der Ausdifferenzierung von Berufsbildern durch zunehmende Komplexität geprägt ist. Parallel bestehen Bemühungen zu gemeinsamen Rahmenkonzepten und Qualitätsstandards zu gelangen, sowie in Arbeitskreisen die Erwartungshaltungen der Schulen, der Ausbildungsbetriebe und der Kammern abzugleichen.

Frankfurt ist ein Zentrum beruflicher Bildung. An den beruflichen Schulen Frankfurts wird eine Vielzahl von Bildungsgängen angeboten. Berufliche Schulen und Ausbildungsplätze in Frankfurt sind von regionaler Bedeutung. Die 16 beruflichen Schulen wurden in den letzten Jahren stets von etwa 22.500 Schülerinnen und Schülern besucht, darunter ca. 3.300 ausländische Schülerinnen und Schüler. Der weit überwiegende Anteil dieser Ju-

gendlichen besucht die Berufsschule an 1-2 Tagen im Rahmen einer dualen Berufsausbildung. Im Schuljahr 2007/08 hatten 21.798 Schülerinnen und Schüler einen Ausbildungsvertrag, darunter 2.849 ausländische Schülerinnen und Schüler. Daneben gibt es an verschiedenen beruflichen Schulen weiterqualifizierende Bildungsgänge für Jugendliche mit Hauptschulabschluss (z.B. Berufsfachschule und Berufsgrundbildungsjahr) oder mit Realschulabschluss (z.B. Fachschule, Fachoberschule, höhere Berufsfachschule, berufliches Gymnasium). Ein wichtiges Angebot an beruflichen Schulen sind auch die Bildungsgänge zur Berufsvorbereitung für Jugendliche ohne Hauptschulabschluss (z.B. Berufsvorbereitungsjahr und EIBE-Eingliederung in die Berufs- und Arbeitswelt).

Auch für die Berufsschulstatistiken gelten die genannten Einschränkungen. Bekannt ist der Anteil ‚ausländischer‘ Schülerinnen und Schüler sowie der Anteil erfolgreicher Absolventen und Schulabbrecher.

In Ausbildungsbetrieben und Unternehmen, die in erster Linie nach leistungsfähigen Mitarbeitern suchen, haben qualifizierte Migranten gute Chancen. Auf einigen Feldern, z.B. Bürokommunikation, sind Mitarbeiter mit MH überrepräsentiert (vgl. Heckmann). Neben wichtigen Schlüsselqualifikationen werden von Mitarbeitern zunehmend interkulturelle Kompetenzen erwartet. Seitens der Arbeitgeber stehen neben der verbesserten Integration der in Deutschland lebenden Migranten und Migrantinnen, Fragen der Rekrutierung und Integration internationaler Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Vordergrund, sowohl im Rahmen internationaler Kooperation wie auch vor dem Hintergrund des prognostizierten Rückgangs der erwerbstätigen Bevölkerung.

### *Übergang Schule / Beruf*

Bei der Betrachtung der Frankfurter Projekte und der relevanten strukturellen Arbeitsansätze, die sich dem wichtigen Thema Übergang Schule / Beruf widmen, lässt sich feststellen, dass sich in der Arbeit mit Jugendlichen mit ‚Migrationshintergrund‘ inzwischen eine gute Alltagspraxis entwickelt hat. Es bleibt jedoch festzuhalten, dass es konzeptionelle Ansätze, die auf die besondere Situation der Jugendlichen eingehen, bisher nicht gibt. Eher ist eine Haltung zu beobachten, dass es solchen eigenen Ansatzes nicht bedarf, zumal die Mehrzahl der betroffenen Jugendlichen ohnehin einen Migrationshintergrund habe.

Auch im Rahmen der Erhebungen des IWAK hat sich im Bereich Übergang Schule / Beruf gezeigt, dass es an Kategorien fehlt, um über die jeweiligen ‚integrierenden Ansätze‘ reden zu können oder um überhaupt entscheiden zu können, ob denn solche überhaupt vorhanden sind. Genau deshalb bedarf es der Erarbeitung eines Konzepts.

Dass die Frage Migration beim Übergang Schule / Beruf in Frankfurt so wenig gesehen wird, ist keine besondere Eigenheit Frankfurts. Es gibt dazu bundesweit kaum Überlegungen, weder in der Forschung noch in der Praxis. In der Regel wird mit der Kategorie ‚Benachteiligte‘ gearbeitet, ohne dass genauere Differenzierungen vorgenommen würden. Bildungssprache als Thema wird an den Unversitäten erst langsam in den Fokus genommen, in der Praxis noch kaum; in Frankfurt ist das Thema im Bereich Schule / Beruf noch nicht erkennbar angekommen.

### *Erwachsenenbildung*

Der Begriff des lebenslangen Lernens beschreibt neue Anforderungen an uns alle im Strukturwandel hin zu einer ‚Wissensgesellschaft‘. In Hessen besteht für Arbeitnehmer die Gelegenheit des sog. Bildungsurlaubes.

Angebote zur Nachschulung und für den zweiten Bildungsweg sind aber auch für viele Bürgerinnen und Bürger von besonderer Bedeutung, deren Bildungsbiographie unterbrochen wurde. Auch qualifizierte Zuwanderer leiden oft darunter, dass Abschlüsse in Deutschland nicht anerkannt werden und Prüfungen wiederholt werden müssen. Auch wenn innerhalb der Europäischen Union die absehbare Integration des europäischen Binnenmarktes zusätzliche Erleichterungen bringen wird, wird dieses Problem vorerst bestehen bleiben. Weiterbildungsangebote und die Möglichkeit sie wahrzunehmen, sind ein wichtiger Bestandteil für die Verwirklichung von Chancengleichheit und für eine erfolgreiche Integration vieler Menschen in unsere Gesellschaft von besonderer Bedeutung. Neben ggf. auftretenden Kosten können Altersgrenzen für einige Angebote oder auch fehlende Zeit im Privatleben Menschen daran hindern, sich weiterzubilden. Ungenügende Information über Angebote sowie eine fehlende Begleitung in der häufig belastenden Weiterbildungsphase stellen weitere Hürden dar.

**Beispiel: SABA-Stipendienprogramm der Crespo-Foundation.** Die SABA-Bildungsstipendien fördern Migrantinnen, die Teil der deutschen Bildungsgemeinschaft werden wollen. Das Programm unterstützt sie dabei, Abschlüsse nachzuholen und zusätzliche Qualifikationen in Richtung Berufsleben zu erwerben, mit ideeller und finanzieller Förderung, doch vor allem als zuverlässige Anlaufstelle für individuelle Fragestellungen und Probleme. Das Lebensumfeld der Frauen bietet ihnen oft wenig Unterstützung auf dem Weg in eine selbstbestimmte Zukunft. In der zweiten Programmphase werden jährlich 16 Migrantinnen im Alter zwischen 18 und 35 Jahren aus dem Rhein-Main-Gebiet gefördert, die bei einem anerkannten Bildungsträger einen kostenpflichtigen Haupt-/Realschulabschluss oder das Abitur nachholen wollen.

In Frankfurt hat die städtische Abendreal- und Abendhauptschule für ausländische Lernende ein Vorsemester eingerichtet. Das Frankfurter Abendgymnasium in Trägerschaft der Stadt unterrichtet die Klassenstufen 11-13 mit besonderen Aufbau- und Deutschkursen sowie fachintegrierter Deutschförderung in der Einführungsphase.

### *Hochschulen*

Auch Weiterbildungseinrichtungen und Hochschulen haben sich auf die Heterogenität und auf veränderte Anforderungen der Lernenden oder ihrer Mitarbeiter einzustellen. Im Rhein-Main-Gebiet sind 30 Hochschulen an 36 Standorten darunter neun in Frankfurt. Internationalität in Wissenschaft und Forschung ist heute ein wesentlicher Grund für akademische Reputation.

An den Frankfurter Hochschulen nimmt die Diversität der Unterrichtenden zu. Nicht zuletzt durch den Standortvorteil seiner Verkehrsinfrastruktur hat Frankfurt die Möglichkeit, für Gastwissenschaftler aus dem Ausland attraktiv zu sein. Studierende und Wissenschaftler aus dem Ausland bedeuten nicht nur Internationalität in Seminarräumen und Forscherteams, sie kön-

nen zugleich als Brückenbauer in ihre jeweiligen ‚Communities‘ wirken wie auch als Multiplikatoren für Frankfurt an ihren anderen Lebensmittelpunkten. Inzwischen haben ausländische Studierende die Möglichkeit, eine Aufenthaltserlaubnis für Deutschland zu erhalten, wenn sie innerhalb eines Jahres nach Beendigung ihres Studiums einen ihrer Ausbildung entsprechenden Arbeitsplatz finden. Hier und in der Öffnung der Frankfurter Hochschulen zur Stadtgesellschaft, z.B. in Projekten und Veranstaltungen, bestehen Ansatzmöglichkeiten für die städtische Integrationspolitik wie auch für den Ausbau der internationalen Kooperationen Frankfurts.

**Beispiel: Wellcome-Projekt für internationale Studierende.** Das Wellcome-Projekt ist ein Patenschafts- und Integrationsprogramm in der ersten Studienphase an der Goethe-Universität Frankfurt. Gerade die Anfangszeit ist schwierig für viele, die aus einer anderen Kultur und einem anderen Bildungssystem kommen und vielleicht noch nicht so gut Deutsch sprechen. Um den Einstieg in das Studium und die neue Umgebung zu erleichtern übernehmen Studierende eine individuelle Partnerschaft für ausländische Kommilitonen. Daneben bestehen weitere Angebote wie z.B. ein Orientierungsprogramm für ausländische Studierende, den Internationalen Studenten-Treff, das STUBE-Projekt für Studierende aus Afrika, Asien und Lateinamerika sowie Reintegrationsprogramme, die ausländischen Studierenden Beratung zur finanziellen Förderung der Rückkehr und zur beruflichen Reintegration im Heimatland anbieten.

### *Eltern- und Familienarbeit*

Die Kompetenzen der Eltern zu stärken und sie zu Experten der Erziehung und Bildung ihrer Kinder zu machen, ist inzwischen ein zentrales Ziel der Bildungspolitik. Auch viele Initiativen und Angebote der Stadt Frankfurt und der Freien Träger im Bereich der vorschulischen, schulischen und ausbildungsvorbereitenden Bildung wenden sich insbesondere an die Eltern. Dabei soll der genuinen Erziehungskompetenz der Eltern nicht vorgegriffen werden. Vielmehr sollen diese in ihrem Entscheidungsspielraum gestärkt werden, um ihre Kinder in Fragen der schulischen Ausbildung, der Berufsorientierung und Berufsausbildung über teils Jahre hinweg stärker motivieren, fördern und unterstützen zu können.

**Beispiel: Ausbildungsorientierte Elternarbeit (AOE).** Das schon seit zwölf Jahren vom AmkA koordinierte Projekt informiert Eltern von Schüler/-innen und Jugendlichen mit Migrationshintergrund über schulische und berufliche Bildungswege in Hessen. Das AmkA arbeitet hierfür im Rahmen von Honorarverträgen mit Multiplikatoren zusammen, die die Herkunftssprachen der Eltern sprechen. Das Projekt zeigt die Bedeutung von Ansprechpartnern, die in der Struktur, in der die Eltern angesprochen werden, selbst verankert sind, und die die Herkunftssprache der Familien sprechen: z.B. Lehrer und Lehrerinnen, welche die Eltern ihrer Schüler/-innen in der Schule ansprechen, oder Mitglieder in Migrantenvereinen, die auf die Eltern im gemeinsamen Verein zugehen. Die Einbindung der Berater in die alltäglichen Abläufe und Aktivitäten von Schulen und Vereinen, wo sie für die Eltern dauerhaft ansprechbar sind, ist ebenso wichtig, wie ihre Vernetzung untereinander: Zur Weiterent-

wicklung und Qualitätssicherung des Projekts nehmen die Multiplikatoren an vorbereitenden und begleitenden Fortbildungen teil, die auf ihre Aufgabe zugeschnitten sind sowie an regelmäßigen Treffen und Workshops zum Erfahrungsaustausch, in denen eine außerordentlich vernetzende Wirkung erzielt wird. Im Jahr 2009 ist das Projekt AOE in 28 Vereinen und 39 Schulen platziert. Bei der Weiterentwicklung des Arbeitsbereiches wird es darum gehen, diese Potentiale sichtbar zu machen und in andere Einrichtungen zu übertragen.

### *Netzwerkarbeit*

Bei allen Erfolgen bedarf es weiterhin erheblicher Anstrengungen, um Chancengleichheit für alle Frankfurter Kinder und Jugendliche sicherzustellen. Dabei bedarf es einer Öffnung der Institutionen, einer Schulung von Eltern und pädagogischem Personal und eines vermehrten, systematischen Zusammenwirkens der vielen in Frankfurt aktiven Akteure.

Die Erhebung der städtischen Integrations- und interkulturellen Angebote durch das Institut für Wirtschaft, Arbeit und Kultur der Goethe-Universität Frankfurt (2009) ist auch ein erster Schritt, um systematisch die mittlerweile vielfältigen Aktivitäten der Stadt Frankfurt am Main in diesem Bereich zu erfassen.

**Beispiel. Lernen vor Ort – Das Frankfurter Bündnis für Bildung.** Ziel des 2009 beginnenden, zunächst auf drei Jahre angelegten Projekts ist der Aufbau, die Erprobung und Etablierung eines umfassenden, integrierten Steuerungsmodells für das kommunale Bildungswesen. Aus der vielfältigen, in ihrer Gesamtheit unübersichtlichen und oft partieller Logik folgenden Bildungslandschaft soll ein vernetztes und in seinen Stationen aufeinander bezogenes Gesamtsystem entwickelt werden. Ziel ist es, Schwachstellen im Bildungssystem zu lokalisieren und Vorschläge zu machen, wie diese zu beseitigen sein könnten. Das Projekt zielt auf eine systematische Verknüpfung von Projektstrukturen mit Regelstrukturen. Dabei wird die Anschluss- und ggf. die Erweiterungsfähigkeit des Projekts in die Region RheinMain mit bedacht. Das Projekt wird von den Dezernaten II (Bildung und Frauen), dem Dezernat VIII (Jugend und Soziales) und XI (Integration) in Kooperation mit dem Staatlichen Schulamt organisiert und weiterentwickelt. Das Frankfurter Bündnis wird von einem Beirat und der Stiftung Polytechnische Gesellschaft unterstützt. Finanzielle Förderung erfährt das Frankfurter Bündnis im Rahmen des Programms "Lernen vor Ort" vom Bundesministerium für Bildung und Forschung. Das Projekt ist in einem dezernatsübergreifenden Steuerungsmodell organisiert und verfügt über ein eigenes Projektbüro.

Zahlreiche Frankfurter Modellprojekte von städtischen Ämtern und privaten Initiativen haben nicht nur in ihrem Projektansatz ein hohes operatives Potential und strategische Qualitäten. Sie liefern außerdem wichtige Erkenntnisse, die verallgemeinert werden können und weiteren Überlegungen zugrunde gelegt werden sollten.

**Beispiel: Gelingender Start ins Leben.** Das dezernatsübergreifende, derzeit in Konzeption befindliche Modellprojekt soll die bislang in der Praxis nach „Zuständigkeiten“ getrennt angebotenen Unterstützungsangebote und Hilfeleistungen der Stadt zu einem leistungs- und tragfähigen Netz-

werk für Kinder ausbauen, in dem Kinder- und Familienzentren der Stadtteile eine zentrale Rolle spielen. Ziel ist es, dass Kinder und deren Familien auch in schwierigen Lebenssituationen die Hilfestellungen rechtzeitig in Anspruch nehmen und sich somit Problemlagen nicht verfestigen können. Beteiligt sind die Dezernate II (Bildung und Frauen), VIII (Jugend und Soziales), X (Umwelt und Gesundheit) sowie XI (Integration).

Erfolgreiche Modelle unterliegen stets der Gefahr, als Pilotversuche hoch gelobt und viel beachtet zu werden, jedoch von begrenzter Reichweite zu bleiben. Nachhaltige Wirkungen und messbare Erfolge bleiben dann begrenzt auf die Zahl der Programmteilnehmer. Eine verstärkte ämterübergreifende Kooperation wie auch die Zusammenarbeit mit anderen Akteuren ermöglichen eine bessere Behandlung von Bildungsübergängen und Angeboten.

### Handlungsperspektiven zur Diskussion

Bei jeder Erörterung möglicher Handlungsansätze im Bereich „Erziehung – Bildung – Berufsberatung“ bleibt zu berücksichtigen, dass bereits die differenzierte Beurteilung der bestehenden Sachlage wegen einer unzureichenden Datenlage an Grenzen stößt. In der öffentlichen Diskussion wird dies häufig übersehen. Im Mittelpunkt unserer Überlegungen sollte daher die Frage stehen, wie wir an präzisere Sachinformationen gelangen könnten. Neben der Konzeption und Durchführung geeigneter Einzelstudien stellt sich insbesondere die Aufgabe eines kontinuierlichen Monitoring auf der Basis belastbarer Informationen als eine wichtige Voraussetzung zukünftiger Maßnahmen.

Wir regen an, die Diskussion fachübergreifend zu führen. Nicht nur ist ‚Bildung‘ in einem umfassenden Sinne zu verstehen, der von Frühförderung und Schule bis zu betrieblicher Weiterbildung reicht, und der auch Kultur, Umweltbildung, politische Bildung und eine Aufklärung über Rechte im Sinne von Antidiskriminierungsarbeit umfasst. Um die Frage zu klären, wie Zugänge so erleichtert werden könnten, dass Bildungsangebote häufiger und erfolgreicher wahrgenommen werden, sind außerdem die sehr verschiedenen, auch kulturell unterschiedlichen Ausgangsbedingungen der jeweiligen Zielgruppe zu berücksichtigen. Unsere Diskussion sollte die mögliche Einrichtung passgenauer Angebote auch deswegen stets sehr genau prüfen, als der Übergang in eine sog. Wissensgesellschaft eine besondere Unterstützung von Gruppen verlangt, denen dieser Strukturwandel besondere Anpassungsprobleme bereitet.

Wir regen generell an, neben der Entwicklung neuer Pilotprojekte insbesondere die Überführung erfolgreicher Modellvorhaben in die Regelinstitutionen zu prüfen und die Möglichkeit einer Ausweitung von Einzelmaßnahmen zur flächendeckenden Versorgung von vornherein mit abzuwägen. Bei manchen Pilotversuchen wären dafür teils erhebliche Ressourcen erforderlich. Wir erwarten von einer solchen Diskussion zugleich eine engere Kooperation der unterschiedlichen Initiativen und Institutionen. Das AmkA ist selbst daran interessiert, seine eigenen Modellprojekte und Kompetenzen in Verbundlösungen einzubringen. Von einem vermehrten Aufbau ganzheitlicher, vernetzter und aufeinander bezogener Bildungsangebote in einem lokalen Bildungsmanagement erwarten wir eine wesentliche Verbesserung der Si-



tuation. Gleichwohl bleibt auch hierbei zu beachten, dass nachhaltige Erfolge nur unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Ausgangssituation einer heterogenen und pluralen Bevölkerung zu erzielen sein dürften. Dies gilt zumal für sog. Bildungsübergänge, von einer Institution in die nächste, sowie die stets schwerwiegende Entscheidung einer Zuweisung von Lernenden in bestimmte Schultypen. Neben einer systematischen Einbeziehung und Unterstützung von Eltern bzw. Familien empfiehlt sich die weitere Qualifizierung des pädagogischen Personals gerade auch im Hinblick auf Erwartungshaltungen und Verhaltensweisen heterogener Gruppen.

Eine wichtige Aufgabe liegt gleichermaßen in der Weiterentwicklung von Sprachförderkonzepten wie im Ausbau von Sprachfördernetzwerken. Neben der allgemeinen Sprachentwicklung in Kindertageseinrichtungen und Schulen halten wir insbesondere die Stärkung berufsbezogener Sprachkenntnisse am Übergang von Schule und Ausbildung/Beruf für nötig. Eine Etablierung des Unterrichts von Deutsch als Zweitsprache als fächerübergreifendes Prinzip ist ebenso erforderlich, wie eine weitere Anstrengung, die Qualität des Lehrens und Lernens von Deutsch als Zweitsprache zu sichern und weiterzuentwickeln. In Ergänzung hierzu sehen wir gerade in den Schulen ein Potential für die Entwicklung mehrsprachiger Orte, an denen fremdsprachige Kompetenzen erworben werden können, die in der Stadtgesellschaft insgesamt nützlich sind.

## Lokales Bildungs- und Integrationsmanagement

Prof. Dr. Frank-Olaf Radtke

Wenn man davon ausgeht, dass die in den letzten dreißig Jahren verfolgte Strategie des individuellen Förderns von Kindern mit Migrationshintergrund – jedenfalls bezogen auf eine Angleichung der Bildungsbeteiligungsquoten – nicht erfolgreich war, weil sie lediglich beim Kind, seiner Sprache und den Eigenschaften seiner Familie ansetzte, nicht aber berücksichtigte, dass auch die Qualität und Quantität des schulischen Angebotes und seine räumliche Lokalisierung in den Stadtteilen, der Wettbewerb zwischen den Schulen um leistungsfähige Schüler und das Schulwahlverhalten der Eltern im Effekt zu andauernder Ungleichheit führen, dann ist es konsequent, in Zukunft bei der Überprüfung der Wirkungen der Organisation/Struktur des Bildungsangebotes und seiner Anordnung in der Stadt auf die Bildungsbeteiligung anzusetzen.

Mein Vorschlag lautet, die Rolle der Kommunen zu stärken und auf die Probleme mit einem *Lokalen Bildungs- und Integrationsmanagement* zu antworten, das mit Instrumenten der Neuen Steuerung wie der Einrichtung eines *Monitoring-Systems* im Sinne einer regelmäßigen lokalen Bildungsberichterstattung (›Bildungsbericht‹), Zielvereinbarungen mit einzelnen Schulen oder Schulkonstellationen und deren Überprüfung experimentieren könnte. Man könnte an Anreizsysteme für einzelne Schulen denken, die ihren *output* integrationsbezogen verbessern oder z. B. besondere Leistung bei der Organisation des Übergangs von der Schule in den Beruf erbringen wollen etc. Nach der Qualitätsdiskussion könnten diese Instrumente auch auf die Frage der Integrationsleistung der Schule auf lokaler Ebene angewendet werden. Es ginge darum, die Transparenz des schulischen Organisationshandelns von der Schulaufsicht abwärts über die Schulverwaltung bis zur einzelnen Schule und den Eltern zu erhöhen.

Allerdings kann die Technik der Neuen Steuerung, die ja den Wettbewerb zwischen Schulen um ›erfolgversprechende‹ Schüler und die Konkurrenz unter den Eltern um begehrte Schulen absichtsvoll als Teil der ›Qualitätsoffensive‹ noch zu steigern sucht, in einen nicht aufzulösenden Selbstwiderspruch geraten. Mehr Wettbewerb hat für Kinder mit Migrationshintergrund Konsequenzen, die den deklarierten Absichten, brachliegende Bildungspotentiale besser auszuschöpfen, völlig zuwiderlaufen kann. Empirisch zeigt sich, dass Schulen, die auf einem Bildungsmarkt mit ihren funkelnden pädagogischen ›Profilen‹ um Schüler konkurrieren und sich regelmäßig der Evaluation ihrer Leistungen stellen müssen, sobald sie können, d. h. mehr Nachfrage als Plätze haben, damit beginnen, die Schüler auszuwählen, mit denen sie leichter die erwarteten Standards erreichen können. Umgekehrt weisen sie die Schüler ab, die nur mit erheblich höherem pädagogischem Aufwand zu solchen Leistungen zu bringen wären. Die Bildungssegregation, die einerseits durch das Schulwahlverhalten der mobilen Mittelschichteltern bewirkt wird, welche die Schulen meiden, die sie mit Blick auf die Schulkarriere ihres Kindes für ›Problemschulen‹ halten, kann komplementär begünstigt werden durch die betriebswirtschaftliche Ausrichtung der Schulen. Als Betriebe, die sich an einem Markt orientieren, stehen sie im hellen Lichte von Effektivitäts- und Effizienzerwartungen nun vor Entscheidungen, die nicht mehr pädagogisch, mit der Semantik des Kindeswohls, sondern ausdrücklich an Opportunitätskosten der Organisation ausgerichtet sein müssen. Welche Kinder werden aufgenommen, welchen sollen (noch) pädagogische Dienstleistungen gewährt oder verweigert werden; wann darf der

Förderaufwand für ein Kind eingestellt, das Kind auf- bzw. weitergegeben werden? Hier stellen sich ganz neue, professionsethische Fragen ähnlich denen im Gesundheitssystem. In der neuen Performanzkultur ist dieses selektive Verhalten als zwar zynischer, aber durchaus rationaler und »intelligenter Umgang mit Heterogenität« zu verstehen, auch wenn er nicht den programmatischen Erwartungen entspricht, die an diese Formulierung geknüpft sein mag. Die ohnehin schon vorhandene Tendenz zu schulischer Segregation nach Gesichtspunkten der sozialen Herkunft wird, so zeigen britische Erfahrungen in anglo-amerikanischen Ländern, durch die Einrichtung von Quasi-Märkten in lokalen Schulsystemen noch verstärkt.

Man darf die neuen Instrumente der *output*-Steuerung in ihren Wirkungen und Nebenwirkungen sicher nicht überschätzen bzw. die Fähigkeit der Organisationen, Versuche der Einflussnahme von außen zu absorbieren, nicht unterschätzen. Wie die Organisationen mit der Re-Deskription ihrer Leistungen in der Bildungsberichterstattung umgehen, wie sie die zusätzlichen Informationen in das System hineinkopieren, wie die Irritationen im System verarbeitet würden, bliebe abzuwarten. Es steht aber zu erwarten, dass schon die bloße Thematisierung der Mechanismen und Effekte der lokalen Verteilung der Schüler auf das lokale Schulsystem wie ein Kriseninduktion wirken kann, das zumindest komplexere Beschreibungen des Problems der andauernden Ungleichheit hervorbringen wird. In dem Maße, in dem die Lenkung der Schülerströme im Schulsystem für das Schulsystem durch eine regelmäßige Lokale Bildungsberichterstattung selbst transparent und öffentlich diskutierbar gemacht würde, entstünde jedenfalls für die Aufsichtsbehörden, die Schulen und die Eltern eine neue Situation, die auch Auswirkungen auf eine integrationsbezogene Schulentwicklungsplanung haben müsste.

Schulentwicklungsplanung wiederum ist ein politisch hart umkämpftes Feld. Versuche, die normativ vermisste Egalität von Bildungschancen zu erhöhen, scheitern nicht primär daran, dass es nicht gelänge, die Rationalität pädagogischer Prozesse zu erhöhen, sondern weil die Ziele der Gleichstellung selbst strittig sind: Die Durchsetzung einer gerechteren Verteilung von Bildungschancen ist vorrangig keine wissenschaftliche, keine technische und auch keine moralische, sondern eine Frage der Macht, die vor dem Hintergrund des makropolitisch determinierten ›Einwanderungsklimas‹ in einem Gemeinwesen prominent auf der Ebene der Mikropolitik der Schulen ausgefochten wird.

Am Ende wird eine Einsicht stehen, die sowohl der Bildungsforschung wie der Politik bezogen auf die Benachteiligung bzw. die Gleichstellung der Geschlechter seit den 1970er Jahren geläufig ist. Wie auch im Fall der Integration der Mädchen in das Bildungssystem wird die gleichberechtigte Teilnahme von Migrantenkindern nicht, das sei ausdrücklich betont, als Nullsummenspiel zu haben sein. Gleichberechtigte Teilhabe der Kinder mit Migrationshintergrund ist nicht in der Konkurrenz mit den deutschen Mitschülern oder durch deren Verdrängung, sondern, wie seinerzeit, nur durch *Expansion*, d. h. durch eine strukturelle Verbesserung, quantitative Ausweitung und räumliche Anordnung des Bildungsangebotes zu erreichen. Wann für die dafür aufzubringenden Kosten (›Integrationsinvestitionen‹) in Deutschland ein politischer Konsens zu beschaffen sein wird, steht dahin.

Frank-Olaf Radtke ist Universitätsprofessor am Fachbereich Erziehungswissenschaften der Goethe-Universität Frankfurt am Main.